

Antrag

beschlossen von der 196. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 8. Mai 2025

Faire Arbeitsbedingungen in der 24-Stunden-Betreuung schaffen!

Die 24-Stunden-Betreuung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Pflegeinfrastruktur in Österreich. Tausende meist weibliche Betreuungskräfte – überwiegend aus Osteuropa – leisten tagtäglich wertvolle Arbeit in österreichischen Haushalten. Gleichzeitig herrschen in diesem Bereich zum Teil massive Missstände: prekäre Arbeitsbedingungen, rechtliche Grauzonen, Scheinselbstständigkeit, fehlende soziale Absicherung und unzureichende Bezahlung.

Betreuungskräfte arbeiten oftmals zwei bis vier Wochen am Stück rund um die Uhr, ohne ausreichende Ruhezeiten oder realistische Freizeit, weil die Kontrollen fehlen. Die Entlohnung liegt häufig bei nur 1.000 bis 1.500 Euro pro Monat – für einen Dienst, der in der Praxis 24 Stunden täglich beansprucht. Dazu kommen oft hohe Vermittlungsgebühren von Agenturen, schlechte Wohnbedingungen und die Tatsache, dass viele Betreuer:innen faktisch wie Arbeitnehmer:innen tätig sind, jedoch rechtlich als Selbstständige geführt werden. Diese Form der Scheinselbstständigkeit entzieht den Betroffenen sämtliche Arbeitnehmerrechte – vom Krankenstand über bezahlten Urlaub bis hin zur Pensionsvorsorge.

Weder den Betreuer:innen noch den betreuten Personen ist mit einem System gedient, das auf rechtlicher Unsicherheit und zum Teil schlechten Arbeitsbedingungen beruht. Es braucht endlich faire Rahmenbedingungen und ein Ende der Ausbeutung durch unseriöse Agenturen!

Die 196. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg fordert von Landes- und Bundesregierung:

- **verbindliche Qualitätsstandards in der 24-Stunden-Betreuung für Unterbringung, Arbeitszeit, Ruhezeiten und Entlohnung zu schaffen und deren Kontrolle zu ermöglichen,**
- **Beratungs- und Unterstützungsangebote in mehreren Sprachen für Betreuungskräfte im Land bereitzustellen und gewerkschaftliche Strukturen aktiv zu fördern,**
- **Vermittlungsagenturen stärker zu kontrollieren und bei Verstößen zu sanktionieren,**

- ein transparentes, öffentlich mitfinanziertes Modell zur fairen Entlohnung und sozialen Absicherung aller Betreuungskräfte einzuführen,
- die Basisförderung auf 1.450€ zu erhöhen,
- Mindesthonorare festzulegen, die an die Pflegegeldstufe gekoppelt sind,
- dafür zu sorgen, dass Sozialversicherungsbeiträge im Land der tatsächlichen Arbeitsleistung abgeführt werden.
- den Sozialversicherungsschutz für Betreuungskräfte vollumfänglich sicherzustellen.

Pflege braucht Gerechtigkeit. Und Betreuungskräfte brauchen Rechte. Die AK Vorarlberg setzt sich für menschenwürdige Bedingungen in der 24-Stunden-Betreuung ein – im Interesse der Betreuer:innen ebenso wie der Betroffenen und ihrer Familien.